

Einzelpreis 70 Heller.
Redaktion und
Verwaltung:
Prag II., Sabli-
kova nám. 32.
Telefon 6795,
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Prag.
Postfachamt 57544.
Inserate werden laut
Tarif billigst berechnet.
Bei öfteren Einschalt-
ungen Preisnachschlag.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Begabungsbedingungen:
Bei Bestellung ins
Haus oder bei Bezug
durch die Post
monatlich . . . 16—Kč
vierteljährlich 48—Kč
halbjährlich . . . 96—Kč
ganzjährig . . . 192—Kč
Für Deutschösterreich
monatlich 400—öK, für
Deutschland 40—Mk.
Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

1. Jahrgang.

Samstag, 24. Dezember 1921.

Nr. 98.

Wo bleibt die Antwort?

Bei der Betrachtung des Klassenkampfes des Proletariats auf der ganzen Welt wird man zu dem Ergebnis gelangen, daß die Macht des Proletariats heute geringer ist, als nach der Beendigung des Krieges. Insbesondere in der Zeit der Wirtschaftskrise ist die Arbeiterschaft in die Verteidigung gedrängt und gezwungen, die bisher erreichte Lebenshaltung gegenüber den Anschlägen von Staat und Unternehmer zu schützen. Das zeigt unter anderem auch die von den tschechischen Mehrheitsparteien vor wenigen Tagen beschlossene Einkommensverlängerung der Staatsangestellten. Diese Situation trifft die Arbeiterschaft deshalb mit besonderer Schwere, weil in der Zeit, da sich alles zum Angriff auf die Arbeiterschaft und ihre Lebenshaltung formiert, die Arbeiter geschwächt sind durch innere Kämpfe, das Heer der kämpfenden Arbeiter in mehrere Teile zerfällt, die sich, wie die jüngsten Erfahrungen lehren, gerade in dem Augenblicke des feindlichen Angriffes untereinander befinden. So wie aber im Kriege eine Armee verloren ist, die nicht die höchste Disziplin und Kampfesfähigkeit aufweist, so gerät die Arbeiterschaft in Gefahr, alle Kämpfe zu verlieren, wenn sie nicht einig und geschlossen, nach einem einheitlichen Kriegsplan ihre Kämpfe ausführt. In den letzten gewerkschaftlichen Kämpfen haben wir mehrere traurige Beispiele hierfür erlebt. Die Vergarbeiter befanden sich vor kurzem in einem Verteidigungskampfe gegen die Unternehmer und ein kleiner Teil von ihnen glaubte der gemeinsamen Sache dadurch am besten zu dienen, wenn er andersdenkende in seinen Reihen angriff. In Wirklichkeit wurde dadurch den Unternehmern ihr Spiel erleichtert. Die sich besonders radikal zu gebahren vermeinen, werden nur allzuoft wider ihr besseres Wissen zu Helfershelfern des Unternehmertums.

Insbesondere in der tschechoslowakischen Republik ist die Aufrichtung einer einheitlichen proletarischen Front eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft, sollen die Arbeiter nicht unermesslichen Schaden leiden, ihre Organisationen nicht geschwächt, soll nicht um Millionen Lohnkronen ihr Einkommen gekürzt werden. Handelt es sich in anderen Ländern nur um die Aufrichtung einer Aktionsgemeinschaft von Arbeitern, die verschiedenen taktischen Anschauungen zuneigen, verschiedene Wege zu denselben Zielen gehen wollen, so kommen bei uns noch die nationalen Unterschiede in Betracht. Eine Vereinigung der verschiedenen proletarischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu einer einheitlichen organisatorischen Form ist bei den derzeitigen bestehenden Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit, es muß also ein Instrument gefunden werden, welches die bestehenden Organisationen zu gemeinsamem Wirken zusammenfaßt. Als ein solches Instrument sehen wir den vom Karlsbader Parteitag der deutschen Sozialdemokratie empfohlenen Proletariatskongress an. Ebenso wie in den sturmbelegten Tagen von Karlsbad, die, wie man glaubte, als endliche Vereinigung des taktischen Streites innerhalb der Partei begrüßt wurde, so wurde auch der Proletariatskongress willkommen geheißen, weil man dachte, daß dadurch endlich die Möglichkeit eines einheitlichen proletarischen Wollens in diesem Staate gewährleistet würde.

Trotzdem kaum ein Vierteljahr nach dem Stattfinden des Karlsbader Parteitages die Lösung der deutschen Kommunisten von der Sozialdemokratie erfolgte, hat es der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie an Bemühungen nicht fehlen lassen, den Proletariatskongress ins Leben zu rufen. Am 6. April dieses Jahres sind Schreiben an alle in Betracht kommenden sozialistischen Parteien sowie die beiden Gewerkschaftskommissionen ergangen, welche die betreffenden Körperschaften zu einer Vorberatung über die Schaffung des Proletariatskongresses einluden. Die beiden Gewerkschaftskommissionen, sowie die tschechische

Sozialdemokratie haben ihr in zustimmendem Sinne geantwortet. Die deutsche Abteilung der kommunistischen Partei hat jedoch jede Vorberatung abgelehnt und geschrieben: „Die kommunistische Partei ist nicht in der Lage, an der erwähnten Vorbesprechung teilzunehmen, weil sie im Voraus jede Mitwirkung an der Wahl dieses Proletariatskongresses ablehnen muß.“ Scheinbar hat die deutsche Abteilung ihre Meinung seither wieder verändert, denn im Reichsberger „Vorwärts“ vom 17. Dezember wird plötzlich auf den Proletariatskongress zurückgegriffen und gesagt: „Der Gedanke, eine derartige Körperschaft zusammenzutreten zu lassen, ist unzweifelhaft gut.“ Sonst werden gegen den seinerzeitigen Organisationsentwurf der deutschen Sozialdemokratie für diesen Kongress nur formale Einwendungen gemacht, was wohl auch vor einem halben Jahr kein Hindernis zu einer Vorberatung hätte sein müssen. Daß die deutschen Kommunisten ihre Meinung geändert haben, ist weder überraschend, noch bedenklich. Es ist nicht entscheidend, was irgend eine Kreisvertretung der kommunistischen Partei beschließt oder irgend ein Kreisorgan zu schreiben für gut findet. Entscheidend ist die Meinung der kommunistischen Parteivertretung und des Zentralorgans der Partei, des „Rote Pravo“. Auf das erwähnte Schreiben des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie vom 6. April hat die tschechische kommunistische Partei trotz aller schriftlichen und mündlichen Urzungen bis heute nicht geantwortet. Wir glauben aber, daß die tschechische kommunistische Partei doch endlich einmal einen Standpunkt zum Proletariatskongress einnehmen muß und eine so wichtige Frage nicht mit Stillschweigen übergehen darf, denn es handelt sich hierbei um die Möglichkeit der einheitlichen Aktion der gesamten Arbeiterklasse in der tschechoslowakischen Republik. Wir haben am Tetschner Parteitag vor wenigen Tagen unsere Einladung an alle sozialistischen Parteien erneuert. Hinter dieser Einladung steht der entschlossene Wille der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft dieses Staates, die einheitliche proletarische Front aufzurichten. Pflicht der übrigen proletarischen Parteien ist es, eine klare Antwort zu geben. Die tschechische Sozialdemokratie und die tschechischen Gewerkschaften haben zugestimmt. Es liegt an den Kommunisten, ob es zur Vorberatung über die Schaffung des Proletariatskongresses endlich kommen kann.

Die Deutschen Kommunisten für ein taktisches Zusammengehen aller Sozialisten.

Wien, 23. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die kommunistische Partei Deutschlands veröffentlicht heute früh in der „Roten Fahne“ in Berlin einen Aufruf an das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale, angeht die internationale Lage, insbesondere der Gefahren, die der Arbeiterklasse aus der Reparationsfrage, aus der wachsenden Arbeitslosigkeit, aus der russischen Hungersnot usw. erwachsen, neue Schritte zu unternehmen, um ein zusammenwirken sämtlicher internationaler Organisationen zustande zu bringen. Diese gemeinsame Aktion soll folgende Forderungen enthalten: 1. Die internationale Annullierung aller Kriegsschulden, 2. Verhinderung von Gewalttaten des französischen Imperialismus, 4. Durchsetzung der Anerkennung Sowjetrußlands, Internationalisierung des Achtstundentags und 5. Wiederaufbau Sowjetrußlands.

Das neue Kriegsbeschädigtengesetz.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Dezember stand die Regierungsvorlage über die Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Verhandlung. Das bis jetzt geltende Gesetz hatte in keiner Weise entsprochen. Die Bezüge und Renten waren vollständig ungenügend, so daß selbst die Regierung sich veranlaßt sah, eine Novellierung des Gesetzes vorzuschlagen. Die neuen Bestimmungen tragen aber den Wünschen der Kriegsbeschädigten auch nur in sehr mangelhafter Weise Rechnung. Der Klub der deutschen Sozialdemokraten hatte zu diesem Gesetz eine große Anzahl Änderungsanträge eingebracht, die von der Mehrheit des Hauses fast durchwegs abgelehnt wurden. Nur drei Anträge wurden angenommen.

Nach dem alten Gesetz stand der Anspruch auf die Bezüge nur jenen Kriegsbeschädigten zu, deren jährliches Einkommen nicht höher als 4000 Kronen ist. Nach der Novelle wird dieses Einkommen auf 6000 Kronen jährlich erhöht. Nach dem bis jetzt geltenden Gesetz betrug die volle Witwenrente 600 Kronen jährlich; die Novelle erhöht diesen Betrag um 900 K. In dieses an und für sich vollständig ungenügende Einkommen, das schon den Verlust der gesamten Rente bedingt, wird nach dem Gesetze das Einkommen aller Personen eingerechnet, zu deren Unterhalt beizutragen der Kriegsbeschädigte nach dem Gesetze verpflichtet ist und die mit ihm in gemeinsamen Haushalte wohnen. Alle Anträge auf Verbesserung dieser unsozialen Bestimmung wurden abgelehnt, ebenso der Antrag, das Existenzminimum von 4000 auf 16.000 Kronen zu erhöhen.

Die Zulage für erwerbsunfähige Witwen, die nur 120 Kronen betragen hatte, wurde auf 200 Kronen jährlich, die Waisenrente, die bis jetzt für das erste Kind 300 K betrug und für jedes weitere 250 Kronen, wurde für jedes Kind auf 400 Kronen erhöht. Dies sind die Verbesserungen finanzieller Natur, die die Novelle den Kriegsbeschädigten bringt. Auch das neue Gesetz enthält eine Reihe sehr harter Bestimmungen. Die Witwenrente gebührt nur der Witwe nach einem gefallenen oder gestorbenen Ehegatten. Jene Mütter, die mit dem Vater der Kinder aus irgendwelchem Grunde nicht verheiratet waren, haben den Anspruch auf die Witwenrente nicht. In diesem Falle wird nur den Kindern die Waisenrente zugesprochen. Nach dem Gesetze vom 20. Feber haben ferner Kriegsbeschädigte, denen die Lizenz zum Betriebe eines Biographen, eine Stelle bei der Klassenlotterie, einer Trakt oder einer durch Verordnung des Ministers für soziale Fürsorge als gleichwertig erklärte Unternehmung verliehen wurde, den Anspruch auf die Rente bloß dann und insoweit, wenn das Einkommen aus diesen Unternehmungen die Rente, die ihnen nach diesem Gesetz gebührt, nicht übersteigt. Dies gilt auch vom Einkommen aus Pensions- oder Versorgungsbezügen, die dem Kriegsbeschädigten von dem Staate, einem Lande, einem Kreise, einer Gemeinde oder einem öffentlichen Fonds gebühren. Nach der neuen Bestimmung verliert der Kriegsbeschädigte allerdings den Anspruch auf die Rente bloß, wenn das Einkommen aus diesen Unternehmungen die Bezüge, die ihm sonst nach diesem Gesetz gebühren würden, um 100 Prozent nicht übersteigt.

Der § 3 des Gesetzes vom 20. Feber lautet: „Leben die Personen, zu deren Unterhalt der Kriegsbeschädigte nach dem Gesetze beizutragen verpflichtet ist und tatsächlich beiträgt, mit dem Kriegsbeschädigten in gemeinsamen Haushalte, so wird der im § 2 bezeichnete Betrag um 10 Prozent für jede einzelne derartige Person, höchstens aber um 2000 Kronen jährlich, erhöht. Die Novelle schlägt eine Erhöhung auf 4000 Kronen vor. Unser Klub beantragte 5000 Kronen. Dieser Antrag wurde angenommen.“

Die volle Invalidenrente hat nach dem alten Gesetz 1800 Kronen betragen. Die Novelle bringt eine Erhöhung von 1800 auf 2400 K. Der Antrag unseres Klubs, die volle Rente auf 4800 Kronen zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Der § 9 des bisherigen Gesetzes bestimmt, daß das Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Finanzministerium jenen Invaliden, die fremder Hilfe bedürfen, einen fünfzigprozentigen, in besonders bedürftigungswürdigen Fällen, namentlich bei

vollständig erblindeten Personen, einen hundertprozentigen Zuschlag zur Rente bewilligen kann. Unsere Fraktion hatte beantragt, hier einen 100, resp. 200prozentigen Zuschlag zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch ein Antrag des sozialdemokratischen Klubs, der die Versicherung der Kriegsbeschädigten gegen Krankheit bei der ortszuständigen Krankenkassen verlangt und der dem Staat die Beitragsleistung für die Kriegsbeschädigten auferlegen will. Für die Mitglieder der Minderheitsparteien ist es gleichgültig, wie sich die armen, notdürftig entschädigten Invaliden, Witwen und Waisen in Krankheitsfällen ärztliche Hilfe und den Bezug der teuren Medikamenten verschaffen sollen. Auch das Verlangen, den Invaliden Brotbesen und orthopädische Behelfe ohne Rücksicht auf das Einkommen zu verabsorgen, wurde niedergestimmt.

Die Anträge, daß auch die Witwen unehelicher Kinder nach einem im Kriege Gefallenen oder Vermissten Anspruch auf die Witwenrente haben, wenn sie die Alimentationspflicht nachweisen, und die volle Witwenrente von 600 auf 1800 Kronen zu erhöhen, wurden niedergestimmt.

Der § 17 der Novelle setzt die volle Witwenrente, die bis jetzt 400 Kronen betragen hat, mit 600 Kronen fest. Jene Witwen und Lebensgefährten, deren Erwerbsfähigkeit um wenigstens 50 Prozent herabgesetzt wurde oder die wenigstens für zwei eigene unversorgte Kinder unter 14 Jahren zu sorgen haben, erhalten eine Witwenrente von 900 Kronen. Hier wurde von der Mehrheit doch unseren Wünschen in dem Sinne Rechnung getragen, daß das Alter von 14 auf 16 erhöht wurde.

Ein Antrag des Klubs, daß jenen Waisen, die eine besondere Begabung haben, auf Kosten des Staates die Möglichkeit einer weiteren Fortbildung bis zur vollen Ausbildung gegeben wird, wurde ebenfalls abgelehnt. Kriegsbeschädigtengesetze anderer Staaten gehen in dieser Hinsicht wirklich weiter. In Deutschland zum Beispiel wurde eine derartige Bestimmung in das Gesetz aufgenommen.

Auch alle anderen, hier nicht besonders erwähnten Anträge wurden glatt niedergestimmt. Nur in einer Hinsicht zeigte die Mehrheit noch ein Entgegenkommen. Auf Grund der Novelle werden eine Anzahl Kriegsbeschädigte, die auf Grund des alten Gesetzes keine Rente bezogen, anspruchsberechtigt werden. Zur Anmeldung der neuen Ansprüche hat die Novelle eine Frist von sechs Monaten festgesetzt. Da aber die Publikationen der Gesetze in der Tschechoslowakei in sehr mangelhafter Art erfolgen, viele Staatsbürger von den Publikationen monatelang keine Kenntnis erlangen, so war es unser Bestreben, diese Frist im Interesse der Anspruchsberechtigten zu verlängern. Die Mehrheit hat sich diesem Wunsche gefügt und hat der Verlängerung von sechs auf zwölf Monate zugestimmt.

Allgemeine Amnestie in Ungarn?

Budapest, 22. Dezember. (M.A.B.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Handschreiben des Reichsverwesers an den Ministerpräsidenten Graf Bethlen, worin eine allgemeine Amnestie, die sich auf die beim Umsturz verübten revolutionären und kommunistischen Straftatungen erstreckt, gewährt wird. Von der Begnadigung sind Straftatungen, die aus Gewinnsucht verübt wurden, ausgeschlossen. Auf die unter der Bezeichnung „Emigrant“ bekannten Persönlichkeiten findet die Amnestie keine Anwendung.

Wien, 23. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Zu der Meldung über die Amnestie, die der ungarische Reichsverweser für alle seit dem Umsturz verübten revolutionären und kommunistischen Straftatungen erlassen hat, wird von den Wiener Emigranten darauf verwiesen, daß man den Wortlaut der Amnestieverordnung abwarten muß, ehe man über die Absichten der ungarischen Regierung ein Urteil fällen kann. Ueber den Ernst der Amnestie wird natürlich erst ihre praktische Anwendung ein Urteil ermöglichen. Dem Horthy hat bereits einmal Amnestieverordnungen erlassen, die aber immer nur den Terroristen zugute kamen.

Inland.

Die tschechischen Kommunisten für eine Einheitsfront des Proletariats. Das Abendblatt des „Rude Pravo“ vom Freitag ruft alle Arbeitenden ohne Rücksicht auf die Partei in eine Einheitsfront zum Kampfe gegen den ständig wachsenden Druck des Kapitalismus, der sich immer übermächtiger gebärdet. Sowie die Ausperrung der Bau- und Metallarbeiter die Vorbereitung war zum Kampfe der Textil- und Bergarbeiter, so war auch der Bankbeamtenstreik ein Vorläufer des gegen die Staatsbeamten gerichteten Angriffes. Niemand könne wissen, wer jetzt an der Reihe sei. Darum müßten alle Arbeitenden in eine Einheitsfront gestellt werden, in der es heißen muß: Einer für alle, alle für einen! — Ebenso wie das Prager Hauptorgan fordert auch der kommunistische Aktionsausschuß des Arbeiterrates von Groß-Prunn in einem an die Arbeiter, Beamten, Staatsangestellten und Gewerbetreibenden gerichteten Aufruf die Ausrichtung der einheitlichen proletarischen Front und kündigt die Vorlage des Entwurfes der Grundsätze, nach denen diese Einheitsfront gebildet werden soll, nach Neujahr an. Hauptsächlich liegt in diesen Aufrufen das ehrliche Bestreben, dem Proletariat zu nützen und nicht die Absicht, durch ein taktisches Manöver Anhänger der anderen sozialistischen Parteien an sich zu locken. Auch uns scheint die zwölfte Stunde zur Schaffung einer proletarischen Einheitsfront geschlagen zu haben. Und nur Arbeiter können in der Not, in der sich die Arbeiterbewegung ganz Europas befindet, dem widerstreiten.

In der Slowakei werden die Ausweisungen fortgesetzt. Es wird uns geschrieben: Nach einer kurzen Pause beginnt man in der Slowakei die nach der Slowakei nicht zuständigen Arbeiter auszuweisen. Anlässlich der Mobilisierung, als die rücksichtslose Verfolgung, hauptsächlich in Preßburg gegen die deutsche und ungarische Arbeiterschaft einsetzte, flüchteten sich Hunderte aus der „demokratischen Republik“, weil niemand sich einer Verflechtung aussetzen wollte. Die noch Zurückgebliebenen sind Arbeiter, die nirgends eine Zuständigkeit bekommen können — denn solche gibt es auch viele in der Slowakei — oder, die aus ihrer Heimat flüchten mußten. Und nun stellt die Polizei diesen einen Ausweisungsbefehl zu, mit der Begründung, das Ministerium habe ihnen die Aufenthaltserlaubnis verweigert. Die slowakischen Abgeordneten, die dem tschechoslowakischen sozialdemokratischen Klub angehören, haben unseren Preßburger Genossen zu wissen gegeben, daß sie darin einig sind, Verfolgungen von Arbeitern, einerlei welcher Nationalität sie angehören, nicht mehr zu dulden, ferner, daß dieser Entschluß auch dem Minister Micura mitgeteilt werde. Es gilt nun abzuwarten, wie sie sich zu den neueinsetzenden Verfolgungen stellen werden.

Die Staatsangestellten und Lehrer bei Masaryk. Amtlich wird gemeldet: Der Präsident empfing Freitag in Audienz den Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes Doktor Partucel, den russischen Schriftsteller Amilteatrow, den Redakteur Bogdan Paslu, den Privatdozenten der deutschen Universität Dr. Bogdan Hopfner, den Militärattaché der Gesandtschaft des Königreiches OES. Oberst Popovic, eine Deputation des Offiziersverbandes, eine Deputation der Verlagsgesellschaft der Legionäre „Ein“ in Prag und eine Deputation der Staats- und öffentlichen Bediensteten, Angestellten und Lehrer, bestehend aus den Abg. Brodecky, Direktor Sajdl und zwei Lehrervertretern.

Drohender Eisenbahnerstreik in Deutschland.

Berlin, 23. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Vom Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes wird mitgeteilt, daß bei ihm aus allen Teilen des Reiches Telegramme und Deputationen eintreffen, die auf den Ernst der Lage hinweisen. Der Verbandsvorstand hat das Reichsfinanzministerium und das Reichsverkehrsministerium auf die drohende Gefahr und die schweren Folgen eines Eisenbahnerstreikes aufmerksam gemacht. Er hat weiter betont, daß er nicht länger in der Lage sei, das Verhängnis aufzuhalten, wenn die für einen Teil des Personals bereits genehmigte Vorschußzahlung nicht auf die übrigen Beschäftigten ausgedehnt wird. Es ist jetzt an den zuständigen Ministerien, einen Weg zur Verständigung zu beschreiten, ehe es zu spät wird.

Einschränkung des deutschen Weihnachtsverkehrs.

Berlin, 23. Dezember. (Wolff.) Der gegenwärtige Kohlenmangel wird nach Weihnachten eine Verminderung der Personenzüge auf den deutschen Eisenbahnen notwendig machen.

Jagow muß sofort fliehen.

Berlin, 23. Dezember. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, hat der Oberreichsanwalt den von Jagow erhobenen Vorstellungen gegen seine sofortige Verhaftung nicht entsprochen. Die gegen den Verurteilten erkannte

Ein kommunistischer Annäherungsversuch an Amsterdam.

Nachdem die Kommunisten lange genug die Einheit der Gewerkschaften untergraben haben, beginnt ihnen vor ihrem Treiben lange zu werden. Der Sekretär der Moskauer Internationale Losowski hat dem Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam Delegeest telegraphiert, daß angesichts der drohenden Spaltung im französischen Allgemeinen Arbeitsverband die Moskauer Internationale die Einberufung einer besonderen Konferenz von Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Mehrheit und der Minderheit des französischen Arbeitsverbandes und der roten Gewerkschaftsinternationale vorschläge, um die Spaltung der französischen Gewerkschaften zu verhindern. In dem Telegramm wird um Bekanntgabe des Datums und des Ortes für diese Konferenz ersucht. Nach Beratung mit dem französischen Allgemeinen Arbeiterverband hat Delegeest geant-

wortet, das, was in Frankreich vorgeht, sei eine Folge des Treibens der Exekutive der Dritten Internationale. Unter der Bedingung, daß der Kongress der Minderheit des französischen Allgemeinen Arbeiterverbandes verschoben werde, würde er in der Sitzung des Büros des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes am 28. d. vorschlagen, eine Konferenz ausschließlich mit Delegierten der Moskauer Internationale für Anfang des Monats Jänner anzusetzen. Die Kommunisten sehen endlich ein, daß die völlige Zerlegung der französischen Arbeiterbewegung, die ihre Schuld ist, das französische Proletariat zur Beute des Unternehmertums gemacht hat. Der Mühsal, den sie nun antreten, wird nicht imlande sein, die Arbeiterkraft aller Länder von ihrer Einsicht zu überzeugen, sondern das Verbrechen, das sie an der Arbeiterbewegung begangen haben, wird erst recht allgemein erkannt werden.

U-Boote aus Gründen der Menschlichkeit!

Erhebende Einigkeit in Washington.

Washington, 23. Dezember. (Sabas.) In Beantwortung des britischen Exposees, welches sich für die völlige Auflassung der Unterseeboote ausdrückt, erinnerte der französische Delegierte Sarraut daran, daß die allgemeine Meinung auf der Friedenskonferenz und im Völkerbundrate für die Unterseeboote günstig war, ohne durch sie das Meer beherrschen zu können, einen hervorragenden Schutz besonders jener Staaten bilden, deren Marine keine hinreichende Zahl Großkampfschiffe aufweist. Die französische Delegation verurteilt in Uebereinstimmung mit den übrigen Delegationen die barbarische Verwendung der Unterseeboote im letzten Kriege, aber sie spricht sich für ihre Ver-

wendung aus unter der Bedingung, daß dies in den Grenzen der Ehre und Menschlichkeit geschieht. Sarraut wies weiters nach, daß man aus Gründen der Menschlichkeit den großen Unterseebooten den Vorrang geben müsse, welche zum Schutze der Menschheit torpedierter Schiffe dienen. Der Schutz der entfernten Kolonien erfordert ebenfalls Unterseeboote mit einem großen Aktionsradius. Am Schlusse seiner Ausführungen sagte Sarraut, die Zahl der Unterseeboote müsse den Bedürfnissen der nationalen Verteidigung angepaßt sein. Die japanischen und italienischen Delegierten sprachen sich ebenfalls gegen die Auflassung der Unterseeboote aus.

Zestungsstrafe soll in der preussischen Strafanstalt Golinow in Pommern vollstreckt.

Die Zerlegung der K. P. D. Gegen die verbrecherischen Arrangement des Märzputsches.

Berlin, 23. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Nach der „Freiheit“ erschien vorgestern in der Zentrale der K. P. D. eine Deputation von Berliner und auswärtigen Delegierten unter Führung von Malizahn, die eine mit mehreren Unterschriften versehene Resolution vorlegten, in der der sofortige Rücktritt aller am Märzputsch mitschuldigen Mitglieder der Zentrale gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Deputation mit leeren Händen abgespritzt wurde. Wie die „Freiheit“ hört, will sich die immer stärker werdende Opposition in der K. P. D. mit diesen Erklärungen nicht zufriedentellen. Sie will sich in den nächsten Tagen mit einer Erklärung, die u. a. Braß, Malizahn und Friesland unterzeichnet worden ist, an die Parteigenossen im Lande wenden, damit dem unwürdigen Skandal ein Ende gemacht wird, daß immer noch Leute an der Spitze der Partei stehen können, die längst das Vertrauen verwirrt haben.

Lloyd Georges Konferenz mit Briand.

Teilweise entgegengesetzte Standpunkte.

Paris, 23. Dezember. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt über das Ergebnis der Beratungen zwischen Lloyd George und Briand, die Empfehlungen der französischen und der englischen Sachverständigen in der Reparationsfrage erstreben nur eine sehr ungenügende Verstärkung der Autorität des Garantenausschusses, eine genauere Aufstellung der deutschen Zollstatistiken sowie die Erörterung gewisser Probleme, so der Bestimmung des Kohlenpreises seit Mai 1921 und der beiden nächsten Fälligkeitstermine. Jeder Gedanke an ein Moratorium werde zurückgewiesen werden, aber man werde ihre Ausführungsfristen erweitern und größere Sachlieferungen annehmen. Es sei aber unmöglich festzustellen, daß die britische Regierung erklärt habe, sie nehme diese so beschiedene Empfehlung an. Als Briand gestern London verlassen hat, habe übrigens der Text dieser Abmachungen noch nicht endgültig festgestanden. Der Berichterstatter spricht weiter von der Garantie der französischen Grenzen, über die verhandelt worden sei, aber der gegenwärtige Standpunkt zwischen Lloyd George und Briand habe sich klar abgezeichnet. Ueber den Plan einer internationalen Konferenz erklärt der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“, es würden sich zuerst die Vertreter der großen Staaten, Deutschland und Rußland inbegriffen versammeln, später die Delegierten aller Staaten. Die bei der gestrigen Uebereinkunft zwischen Briand und Lloyd George eingeleiteten Ausschüsse, welche die Arbeiter für Cannes vorbereiten sollen, werden sich in der kommenden Woche in Paris versammeln.

haupt in irgendwelche Beziehungen zur Arbeiterschaft zu treten. Die Meldung, die darüber vom amtlichen ungarischen Büro ausgegeben wird, spricht von einem Einberufen, ja von einer beide Teile befriedigenden Lösung. Da wir die Lösung selbst nicht kennen, ist wohl Vorsicht doppelt geboten, ehe man wirklich daran glauben darf, daß die Dorthyregierung so radikal und plötzlich den weißen Terror aufgibt.

Rußland und die Westmächte.

Berlin, 23. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Der stellvertretende Berliner Sowjetvertreter erklärte dem Vertreter der Ostexpres, daß die Meldung der „Chicago Tribune“ über die bevorstehende Einberufung einer russischen Konstituante in das Reich der Fabel gehöre. Ebenso gut hätte gemeldet werden können, daß Briand seine Macht freiwillig einer Räteregierung übergeben habe. Der Sowjetvertreter bemerkte aus Anlaß der Zusammenkunft Krassins mit Lloyd George, daß Frankreich nach wie vor das Haupthindernis für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und den Westmächten bilde. Lloyd George sei offenbar bereit, die Anerkennung der Sowjetregierung auf die Tagesordnung zu stellen, ohne die der Wiederaufbau Rußlands und seine Teilnahme an der Weltwirtschaft unmöglich sei. Rußland sei seinerseits zur Teilnahme an einer allgemeinen Friedenskonferenz zur Klärung seiner internationalen Lage bereit. Daß in dieser Hinsicht die Beratungen zwischen Lloyd George und Briand bereits Ergebnisse gezeitigt haben, steht bisher noch nicht fest.

Allrussische Kommunistenkonferenz.

Die neue russische Wirtschaftspolitik.

Moskau, 23. Dezember. (Laurenzberg.) Gestern wurde hier die allrussische Kommunistenkonferenz eröffnet. In das Präsidium wurden Lenin, Trotski, Sinowjew und Kaenin gewählt. Die Konferenz befaßte sich namentlich mit den Problemen der Hebung der Industrie und der Landwirtschaft und der internationalen Zusammenarbeit der kommunistischen Bewegung. In der ersten Sitzung erstatteten Kamenev und Bogdanow eingehende Berichte über die sozialpolitischen Ergebnisse der neuen Wirtschaftspolitik. Die Konferenz nahm eine von Kamenev beantragte Resolution an, welche in Erwiderung auf die Einwände einiger Teilnehmer erklärt: „Vor allem müssen wir Absatzgebiete gewinnen. Weiterhin müssen wir an unseren vier Hauptforderungen festhalten, d. i. der Nationalisierung des Landes, der Verkehrsmittel, der Großindustrie und des auswärtigen Handels.“

Italien anerkennt Sowjetrußland noch nicht.

Rom, 23. Dezember. (Sabas.) In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer forderte der Republikaner Chiesa die sofortige Aufnahme der Beziehungen mit Rußland. Minister della Torretta erklärte, die Anerkennung der Sowjets seitens Italiens hänge von erstem Garantien für die italienischen Interessen ab und von der Anerkennung der Verpflichtungen Rußlands gegenüber anderen Staaten. Italien könne nicht isoliert vorgehen. Der Minister verlangte freie Hand der Regierung bezüglich der Einleitung fester Verhandlungen. Bonomi sprach im gleichen Sinne. Die Deputiertenkammer lehnte hierauf den Antrag Chiasas mit 220 gegen 58 Stimmen ab und nahm eine Tagesordnung an, in welcher der Standpunkt der Regierung gebilligt wird.

Der englisch-irische Ausgleich.

London, 23. Dezember. Anlässlich der Vertagung der Entscheidung der „Daily Circann“ über einen Ausgleich mit England, hat die englische Regierung die weitere Entlassung der irischen Häftlinge bis zur Ratifikation des Vertrages eingestellt. — In der gestrigen Sitzung des Dail Circann rief die Frage, ob die Delegierten, die zwei Wahlbezirke vertreten, bei der Ratifikation des Vertrages ein- oder zweimal abstimmen sollen, eine lebhafteste Debatte hervor. Das Parlament hat dahin entschieden, daß solche Abgeordnete nur eine Stimme haben sollen. Die Mitglieder des Dail Circann haben sich verpflichtet, daß sie sich bis zur neuen Sitzung des Parlamentes jeder Propaganda enthalten werden. Inzwischen mehrten sich bedeutungsvolle Symptome der öffentlichen Meinung zugunsten der Ratifikation des Vertrages. So hat sich gestern der Rat der Grafschaft Claren, in die einer der zwei Wahlkreise de Valeras fällt, mit 17 gegen 5 Stimmen zugunsten der Ratifikation des Vertrages ausgesprochen. Ähnlich wurde auch in der Grafschaft Carlow in einer öffentlichen politischen Versammlung eine Resolution angenommen, die die Delegierten dieses Bezirkes auffordert, für den Vertrag zu stimmen. Diese Bewegung, durch welche örtliche Kundgebungen der Bevölkerung über Annahme

Kommt Ludendorff unter Anklage?

Berlin, 23. Dezember. Wie das Berliner Tageblatt aus parlamentarischen Kreisen hört, erstattete gestern der Vertreter der Anklage im App-Prözeß, Oberreichsanwalt Ebermayer, dem Reichsjustizminister Dr. Raberich Bericht über den Verlauf und des Ergebnis der Leipziger Gerichtsverhandlung Bericht. Bei dieser Gelegenheit sei, wie das Blatt weiter mitteilt, auch der Fall Ludendorff und die Frage einer eventuellen Anklageerhebung eingehend besprochen worden.

Eine Weltkonferenz in Washington.

Washington, 23. Dezember. (Sabas.) Die Unterkommission für die Fragen der Regelung der Kriegsgesetze und der Verwendung giftiger Gase haben keine positiven Erfolge erzielt. Sie anerkannten, daß es unmöglich sei, wirksame Beschlüsse zu fassen, wenn nicht alle interessierten Staaten vertreten sind. Ebenso sei es nicht möglich, die Weltproduktion an Chemikalien, die für die landwirtschaftlichen Industrien unentbehrlich sind, herabzusetzen. Senator France hat einen Antrag auf Einberufung einer Weltkonferenz nach Washington für den Monat März 1922 eingebracht. In dieser Konferenz sollen sich auch die ehemaligen feindlichen Staaten sowie Rußland beteiligen.

So oder hat bekannt gegeben, daß er die Verhandlungen mit den Sowjets fortsetzt, um die Erlaubnis zu erwirken, daß Moskau Gold zum Ankauf von Lebensmitteln für das Hungergebiet verwende. Durch diese Goldausgabe dürfe aber der Staatschatz des ehemaligen Jarenreiches nicht betroffen werden.

Partij und Die ungarischen Sozialdemokraten.

Budapest, 22. Dezember. Das URSB meldet: Zwischen der ungarischen Regierung und den Vertretern der ungarischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft sind in den Tagen vom 18. bis 21. Dezember Verhandlungen geführt worden, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich in das große Werk des Wiederaufbaus des Landes einschaltet, und daran im Einbernehmen mit den übrigen Schichten, der Nation mit voller Hingebung sich beteiligen könne. Im Laufe der Verhandlungen wurden nachstehende Fragen erörtert: das Vereins- und Versammlungsrecht, die Frage der Gewerkschaften, die Internierung und die Polizeiaufsicht, die Amnestie, die Aufhebung des beschleunigten Gerichtsverfahrens und der Ausnahmeverfügungen, ferner die Autonomie der Arbeiterversicherung, die Arbeitslöhne sowie andere Fragen wirtschaftlicher Natur. Im Laufe der Verhandlungen gelang es, ein Einvernehmen zu erzielen, das eine beide Teile befriedigende Lösung der Fragen ermöglichte.

Es ist an sich gewiß erfreulich, daß die ungarische Regierung sich endlich bereit, über-

der Ablehnung des Vertrages hervorgerufen werden sollen, verbreitet sich über das ganze Land.

Aus der zerfallenen Gewerkschaftsbewegung Frankreichs.

Paris, 22. Dezember. Der Kongress der zentralistischen Delegierten im Allgemeinen Gewerkschaftsbund ist vormittags mit einer Ansprache eröffnet worden, worin der Redner einen Rückblick auf die Absonderungsbewegung seit der Trennung innerhalb des Eisenbahnverbandes warf und betonte, daß trotz der Schwierigkeiten bei der Organisierung des Kongresses über 1400 Gewerkschaften vertreten seien. Redner vertrat den Standpunkt, daß im Kongress, der von der Mehrheit der im Gewerkschaftsbund vertretenen Organisationen beschickt sei, keineswegs als kommunistischer, sondern als einheitlicher Kongress des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes zu betrachten sei. Lauridan verlangte die Absehung der bisherigen Leitung des Gewerkschaftsverbandes, die die Mehrheit nicht mehr hinter sich habe. Diese Angelegenheit gelangt nachmittags zur Erörterung.

Der Sturz der albanischen Regierung.

Die Beamten des Ministeriums von Tirana wurden von den Anhängern Essad Paschas gestürzt, aus denen ein neues Kabinett gebildet wurde. Die Blätter melden, daß Ahmed Bei, ein Verwandter Essad Paschas, an der Spitze seiner auf bewaffneten Truppen in der Richtung auf Tirana marschiert. — Das tschechische Korrespondenzbureau meldet unter dem 22. Dezember aus Genf: Entgegen den umlaufenden Nachrichten, daß in Albanien eine Revolution ausgebrochen sei, teilt die Untersuchungskommission des Völkerbundes mit, daß sich der Regierungswechsel in vollkommener Ruhe und ohne Gewalttätigkeit vollzogen habe. Es herrscht völlige Ruhe.

Die jugoslawische Kabinettskrise beendet. Laibach, 23. Dezember. Da die Demokraten ihre Forderung nach einem Wechsel im Kriegsministerium aufgegeben haben, hat Pasic nunmehr sein neues Kabinett beisammen, das morgen vom König vereidigt werden wird.

Revision der Verfassung in Holland.

Haag, 23. Dezember. (Sabas.) Die Zweite Kammer nahm den Antrag auf Revision der Verfassung, namentlich bezüglich der Bestimmung betreffend die Thronfolge an.

Tages-Neuigkeiten.

Ein Tannenbaum im Schwarzwald steht.
Von Gottfried Keller.

Ein Tannenbaum im Schwarzwald steht,
Der wächst schon manches Jahr,
Sein Haupt empor ins Blaue geht,
Da steigt sein grünes Haar.

Die Wurzel hat den Erdengrund
Gar inniglich erfaßt;
Und darum blüht der Baum gesund
Wie Süd und Nord auch raht.

Doch alles, was auf Erden ist,
Muß haben seine Zeit:
Und auch der Baum zu seiner Frist
Zum Fällen ist bereit.

Dann schmückt man ihn, dann führt man ihn
Den grünen Rhein entlang,
Auf Donau, Spree, nach Wien, Berlin
Mit hellem Sang und Klang.

O Malenkost, o Freiheitbaum!
So jugendlich und grün;
Wie wirst du, alter Menschenbaum,
Dann ewig, ewig blühn.

Der Protest der Staatsangestellten. Vorgestern abends waren die Staatsangestellten von Teplic dem Rufe des Bezirksgewerkschaftsartikels und der sozialdemokratischen Bezirksorganisation gefolgt, um gegen die Reduzierung ihrer Bezüge zu protestieren. In der dicht gefüllten Kaiserbadveranda referierte über den Gegenstand Abg. Genosse Ernst Hirsch. Er legte die politische und wirtschaftliche Situation dar, schilderte das Attentat der Regierung und der Peisa auf die Staatsangestellten, besahte sich dann mit der Miswirtschaft in diesem Staate und erklärte, daß bei der Budgetberatung im Abgeordnetenhaus klar wurde, daß das Defizit im Staatshaushalte 900 Millionen Kronen betrage. Dieses Defizit will die Regierung decken durch einen Angriff auf die arbeitenden Schichten des Staates. Das Attentat auf die Staatsangestellten ist nur der Auftakt zum Kampf gegen das gesamte arbeitende Volk. Der Redner besahte sich dann ausführlich mit der Haltung der deutschen Sozialdemokraten im Parlament zu diesem Gesetze und sagte, daß es unmöglich war, gegen das Gesetz aufzukommen, da die Regierung und die mit ihr verknüpfte Peisa das Parlament überumvelt haben. Genosse Hirsch schloß unter lebhaftem Beifall der Versammlung, indem er für

die Einheitsfront aller Arbeitenden in diesem Staate eintrat. Genosse Hans Bed versicherte die Staatsbeamtenchaft der Solidarität der Privatvereinigungen. Von den Tschechen sprach der Postunterbeamte Weisner, der sich in scharfer Weise gegen die Regierungsparteien wendete. Nachdem noch eine Reihe anderer Redner in der Debatte gesprochen hatten, wurde die Versammlung in vorgerückter Abendstunde geschlossen. Die Versammlung bildete einen glänzenden Erfolg unserer Partei. — In Komotau sprach Donnerstag in der Versammlung der Staatsangestellten, die im Lagerkeller vor etwa 600 Besuchern stattfand, Abg. Gen. Kaufmann. In der Debatte sprachen der kommunistische Parteisekretär Neumann, der im Wesentlichen die Ausführungen unseres Referenten unterstrich, dann für den Verband der Berg- und Hüttenangestellten Herr Ringmayer und für den deutschen Bezirkslehrerverein Komotau Herr Lehrer Ritter, der darlegte, wie hart besonders die Lehrerschaft von dem neuen Gesetze betroffen wird. Nach Annahme der Resolution wurde die würdige verlaufene Versammlung geschlossen. — In Karlsbad hatten sich Donnerstag zu vielen hundert Beamte, Lehrer und Angestellte aller Kategorien im großen Schützenhaus angefüllt, um Protest einzulegen gegen den inoffiziellen Anschlag, den die Regierung gegen die Existenz tausender Familien unternommen hat. Die Versammlung wurde kurz nach 8 Uhr von Herrn Sekretär Schödtner namens des Verbandes der Staats- Landes-, Bezirks- und Gemeindeangestellten eröffnet und geleitet. Das Referat erstattete Gen. Eugen de Witte. Nach dem Referenten sprachen Abg. Kallina, Sturm, die Gen. Scharing, Löw, Hoffmann, Schäffelhofer und Eper.

Der gekränkte Lohnkürzer. Die Staatsbediensteten und Lehrer Brags hielten bekanntlich am letzten Dienstag auf der Sophieninsel eine Protestversammlung gegen die Kürzung ihrer Bezüge ab, wobei über die Parteien der tschechischen Regierungsmehrheit ein gründliches Strafgericht gehalten wurde. Einen tschechischen Sozialdemokraten, der in der Versammlung war, betraf die Tatsache, daß die Staatsbediensteten und Lehrer sich nicht putzwillich die letzte Brotkrume von der Hand nehmen lassen. derart, daß er im Abendblatte des „Pravo Lidu“ von Donnerstag greinend sich ausließ: „Ich habe an der dienstfertigen Protestversammlung der Staatsbediensteten teilgenommen. Ich bekenne, daß ich aus der Versammlung mit Bitterkeit im Herzen wegging. Es war mir, als wenn in mir der Glaube an jedweden Edelmut, an die menschliche Güte, an das Glück und die Zukunft der Nation gebrochen wäre. Mir war zu Mute, als hätte ich jeden Glauben an das Herz des Volkes verloren. — Welch viel Schmerz, weil die Lehrer nicht die Demut aufbringen, die Hand zu lassen, die sie schlägt! So ein richtig gehender tschechischer Rechtssozialist vermag die böse Welt gar nicht mehr zu verstehen.“

Personalkommissionenwahlen in den Banken. In den letzten Tagen haben in allen Kartellbanken auf Grund der neuen Dienstpragmatik der Beamtenchaft die Neuwahlen in die Personalkommissionen stattgefunden. Seit der unglücklichen Liquidierung des Streiks hat sich die Deffentlichkeit, insbesondere die deutsche und tschechische sozialistische Presse, wiederholt mit den Verhältnissen beschäftigt, die nunmehr in den Banken herrschen und vor einigen Wochen hat Minister Habrman im Parlamente anlässlich der Beendigung der Bankbeamtendebatte bekennen müssen, daß erst durch das Eingreifen der Regierung die terroristischen Uebergriffe der Bankdirektoren eingedämmt werden konnten. Darum ist das Wahlergebnis, welches den Organisationen einen vollen Erfolg brachte, doppelt einzuschätzen. Trotz des größten Druckes der Bankdirektoren, die überall ihre reichen „Mittel“ anwandten, um gelbe Hausorganisationen zu gründen, hat sich die Beamtenchaft nicht gebeugt, vielmehr die erste Gelegenheit benützt, um für den Gedanken der Gewerkschaft zu demonstrieren. Ganz besonders imponant ist das Wahlergebnis in den deutschen Banken, wo — mit Ausnahme der Länderbank, in welcher ein Kandidat der Nichtorganisierten durchdrang — überall geschlossen die Liste des Bankbeamtenverbandes gewählt wurde. Aber auch in den tschechischen Banken, in denen die Streikbrecher einen weit größeren Prozentsatz der Beamtenchaft bildeten als in den deutschen Instituten, hat die Organisation große Erfolge aufzuweisen. Das Ergebnis der Wahlen wird gewiß auch auf den allmächtigen Bankenverband, der bisher glaubt, schrankenlos herrschen zu können, einen nachhaltigen Eindruck machen. Die Beamtenchaft aber ist zu beglückwünschen, daß sie, nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Schwächung überwunden hat.

Agarische Gewissenlosigkeit. Die deutschen Bauern der südböhmischen Gemeinden streifen

seht gestern. Ihr Demonstrationsstreik soll drei Tage dauern. Sie verkaufen der Bevölkerung weder Milch noch andere Produkte. Sie fordern eine Erhöhung des Milchpreises und eine Erniedrigung des Getreidekontingentes. Der Streik geschieht mit Wissen (und Willen?) der deutschen Agrarpartei. Gleichzeitig meldet die „Bohemia“: Das Ernährungsministerium hat in Erfahrung gebracht, daß die Landwirte ganz Gebiete beschloffen haben, die großen Städte und insbesondere Prag während der Weihnachtseierzeit nicht mit Milch zu versorgen, und zwar als Demonstration gegen die Milchpreise. — Diese beiden Meldungen belästigen von Neuem die einzigartige Einheit der deutschen und tschechischen Agrarier. Wir erinnern uns da auch der während der Szene, deren Zeugen wir unlängst im Parlament gewesen sind, da nach der antisozialistischen Rede des deutschen Agrarier Meier der tschechische Agrarier Dubich auf jenen zutrat und ihn herzlich die Hand als Zeichen der Anerkennung für seine prächtige Leistung schüttelte. Ja, sie sind sich einig, die tschechischen und die deutschen Agrarier; mit vereinten Kräften droffeln sie den Dasein der arbeitenden Bevölkerung. Sie sorgen dafür, daß die Besitzlosen auch und gerade zu den Weihnachtstagen ohne Milch und womöglich ohne andere Lebensmittel bleiben. Die Schieber und die Kapitalisten werden ja die Preise zahlen können, die von ihren Bundesbrüdern haben und drüben gefordert werden.

Die alten schwarzen Wästen in der neuen Auflage. Das „Gesetz Novy“ meldet: Die Firma G. Deutsch in Ruzsichof versendet an alle Firmen des Dries Ruzsichof, in denen mit vollem Namen die Arbeiter bezeichnet werden, welche sie aus ihren Diensten infolge bestimmter Gründe entlassen hat.

Zur Phylaktisdrückung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Phylaktisdrückung für die deutsche Metzgerei in der tschechoslowakischen Republik von großer Bedeutung ist. Nicht bloß das Interesse der deutschen Metzgerei, sondern auch das Interesse der deutschen Bevölkerung in der Republik erfordert es, daß sich möglichst viele deutsche Metzgerei an amtliche Stellen bewerben, wozu die Ablegung der Phylaktisdrückung notwendig ist. Deshalb erinnert der Verein deutscher Metzgerei in Prag die deutsche Metzgerei, insbesondere die Metzgerei aller Krankenanstalten in Nr. 26 der „Metzgerischen Nachrichten“ mit den notwendigen Aufklärungen und Hinweisen an die rechtzeitige Ablegung der Phylaktisdrückung, zumal nach dem sanktionierten Gesetz vom 20. April 1920 die Verstaatlichung der bisher autonomen Gemeinde-, Stadt- und Distriktsärzte bevorsteht.

Die Pressefreiheit im modernen Persien scheint noch etwas lüderhaft zu sein, denn es wurde, wie aus Teheran berichtet wird, bei dem Verbote, das jüngst eine bolschewistische Zeitung, den „Stern von Persien“ traf, vom Kriegsminister zugleich verfügt, daß der Redakteur 200 Stockschläge auf die bloßen Knöchel, also die berüchtigte Bastonade, bekommen solle. Sein Verbrechen bestand darin, daß er „die Regierung lächerlich gemacht hatte“.

Russische Kinder in der Tschechoslowakei. Gestern Nachmittag ist in Mährisch-Schrau unter der Führung des Majors Duchacek ein Transport von 450 Kindern aus dem hungernden Gouvernement Simbirsk, statt der angekündigten 60 Kinder, eingetroffen. Auf dem Bahnhofe wurden die Kinder begrüßt und bewirtet.

Aus dem republikanischen Deutschland. Durch Verfügung des Rektors der Berliner Universität, Herrn Geheimrat Kernst, wurde die an der Universität bestehende Studenten-Gruppe der kommunistischen Partei für die Dauer eines Jahres verboten. Was vorangegangen, weiß man nicht, jedenfalls aber hat sich diese Gruppe niemals so frech und provozierend benommen wie die deutschen Studenten auch dieser Universität, die sich in Tagen des Knapp-Putsches um der wohlwollenden Protektion der akademischen Behörden ganz offen den Hochverrätern zur Verfügung gestellt hatte. Damals war die öffentliche Ordnung und akademische Disziplin nicht gefährdet. Ja, die diversen Geheimräte an der Berliner Universität, die Herren Mayer und Kernst, lächeln eben geflissentlich nach rechts.

Ein Pfaffe, der streift, und Waluta, die zischt. In der Nordtiroler Berggemeinde Spiech kamen die Bauern trotz ihrer Frömmigkeit zur Erkenntnis, daß es ein Unsinn wäre, ihrem Pfarrer weiterhin den Tribut an Butter zu entrichten, da der Pfarrer außer für sich und seine Röhren für niemanden zu sorgen und selbst zwei ausgezeichnete Milchkühe hat, die ihm sogar den Butteraufschlag ermöglichen. Die Mehrzahl der „abgabepflichtigen“ Bergler lehnte also die Butterlieferung ab. Darauf antwortete der Pfarrer mit einem Gegenstreik und der Weisner erklärte sich mit ihm solidarisch. Der Pfarrer hielt nur „stille Messen“, unterjagte das Läuten der Kirchenglocken und brachte sogar die Kirchenturm zum Stillstand. Als einige Einwohner darauf sowohl für das Glücken als für das Gelingen der Uhr sorgten, rächte sich der Pfarrer an den — Seelen der Verstorbenen, indem er das Lesen von Messen für sie ablehnte, jedoch für die Schweizer Seelen — das

Dorf liegt an der Schweizer Grenze — eine Ausnahme machte, von wegen der Schweizer Franken...

Die neue Weltpostkonvention, die am Donnerstag Vormittag in Madrid abgeschlossen worden ist, wurde vom Schweizer Nationalrat ratifiziert.

Explosion in einem Kohlenbergwerk. Mittwoch ereignete sich in einer Kohlengrube bei Zentca in Bosnien eine furchterliche Explosion, deren Ursache noch nicht festgestellt werden konnte. Unter der eingestürzten Grubendeckung liegen der Direktor des Bergwerkes, ein Gehilfe und sieben Arbeiter. Ueber 300 Arbeiter konnten sich dank der modernen Rettungsrichtung der Kohlengrube noch schmerzlos in Sicherheit bringen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Systematische Ausplünderung der Konsumenten. In der letzten Nummer der „Konsumgenossenschaft“ lesen wir: Die tschechoslowakische Zuckerausfuhrergesellschaft in Prag wurde im Jahre 1919 zum Zwecke des Verkaufes von Zucker ins Ausland errichtet. Sie besitzt ein Betriebskapital von 600.000 Kronen und weist für ihre erst 15 Monate umfassende Geschäftsperiode einen Reingewinn von 6.818.000 Kronen aus, das ist ein Gewinn von 1136 Prozent! Während diese privatkapitalistische Handelsgesellschaft mit dem Zuckereport profitreiche Geschäfte gemacht hat, blieb der Zucker im Inlande, besonders in den Arbeiterbezirken in großen Mengen unverkauft, weil der Preis für Zucker für den gewöhnlichen Konsumenten, der nicht etwa Verwaltungsrat der Zuckerausfuhrergesellschaft ist, unerträglich blieb. Die Proteste der Bevölkerung gegen den zu hohen Zuckerpreis unter Hinweis darauf, daß die großen Gewinne aus dem Zuckereport wenigstens zum Teile zu einer Verbilligung des Konsumzuckers hätte im Inlande verwendet werden können, sind gänzlich fruchtlos geblieben. Nun wird mitgeteilt, daß infolge der Liquidierung der Zuckerkommission am 1. November des Außenhandelsamt bis auf weiteres die tschechoslowakische Zuckerausfuhrergesellschaft in Prag mit der Bewilligung der Ausfuhr betraut hat. Also dieselbe Gesellschaft, welche solche riesige Gewinne zu verzeichnen hat. Der geschäftsführende Ausschuss dieser Zuckereportgesellschaft besteht zu zwei Dritteln aus Vertretern der Zuckerraffinerien und zu einem Drittel aus Vertretern der Rübenbauer, die am Exportgewinn beteiligt sind. Unter dem Schutze des Staates wird das Zuckereportgeschäft mit dem Hauptartikel der Tschechoslowakei ausschließlich im Interesse der industriellen und agrarischen Unternehmer im wahren Sinne des Wortes ausgebeutet. Die Konsumenten haben natürlich weder im Außenhandelsamt, noch bei dieser Zuckerausfuhrergesellschaft, noch überhaupt bei der Kontrolle der im Auslande erzielten Preise irgend eine Vertretung oder irgend einen Einfluß. Die einzige Beziehung der Konsumenten zu dieser aufreizenden Geschäftemacherei ist die, daß sie für Zucker in den letzten Jahren und auch weiterhin ungeheuer Preise zu bezahlen hatten. Daß man die Deckung eines Teiles des Staatshaushaltes aus der vorteilhaftesten und gewinnbringendsten Industrie des Landes vornahm, um wenigstens auf diese Weise die Belastung der Konsumenten in Form der indirekten Steuern zu vermindern, wäre zwar eine gerechte Sache. Für solche eine Gerechtigkeit aber haben unsere Regierer gar keinen Sinn, solange sich die Gesamtheit der Konsumenten auch weiterhin so willfährig ausplündern läßt.

Was der Stahltrakt „verdient“. 45.000 Dollars gleich 1.350.000 Kronen zahlte der Stahltrakt der Vereinigten Staaten von Amerika an seine Aktionäre heute an Dividende. Nicht weniger als 375.000 Dollars gleich Kronen 112.500.000.000 wurden in den letzten 18 Jahren den beteiligten 160.000 Aktionären ausbezahlt. Diesem Trakt sind derzeit 146 verschiedene Stahlwerke angeschlossen und das Betriebskapital dieses vielleicht größten Welttrakts beläuft sich auf 250.000.000 Dollars gleich 75 Milliarden Kronen. Es werden nicht weniger als 250.000 Angestellte von ihm derzeit beschäftigt.

Tschechische Einwanderung in Amerika. Nach dem Ausweise der Washingtoner Einwanderungskanzlei vom Ende November ds. J. sind vom 19. Mai 1921 aus der Tschechoslowakei von dem erlaubten Kontingent von 14.269 bis jetzt 10.101 Einwanderer gelandet, sodas bis Ende Juni 1922 nur noch 4168 Einwanderern die Einreise möglich ist.

Sozialpolitische Einigung in Südslawien. Wie verschiedene Blätter melden, fanden am 18. d. M. Beratungen von Delegierten aller südslawischen sozialistischen Parteien in Belgrad statt. Es soll ein Kongress aller sozialistischen Parteien einberufen werden, welcher die Einigung zu einer einzigen Partei durchzuführen bestimmt ist. Zu diesem Zwecke wurde ein vorbereitender Ausschuss gewählt.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2658, 100 Mark 28.50, 100 schweiz. Fran-

Zur 1892 1/2, 100 Lire 323, 100 franz. Franken 569 1/2, 1 Pfund Sterling 303, 1 Dollar 73, 100 belgische Franken 554, 100 Peso 1062, 100 Pinar 111 1/2, 100 Lei —, 100 öst. Kronen 1.00, 100 poln. Mark 2.90 1/2, 100 ung. Kronen 12.27 1/2 Kr.

Revolutions-Drama „Dantons Tod“, Außerdem große Tombola mit Gewinnen im Werte von 10.000 Kronen. Vorverkauf bereits eröffnet. Kartenverkauf bei Truhlar („Koruna“ und „Koschil“) den ganzen Tag, an der Biotassa von 9—20 Uhr.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

„Vio Sanssouci“. Weihnachten das erschütternde Lebensbild „Der Kampf ums Glück“ mit Mia May in der tragenden weiblichen Rolle. In diesem Drama wird das Schicksal eines Ehepaars und eines Liebespaars aufgerollt, die beide einen schweren Kampf um ihr Lebensglück führen, die aber beide zu schwach sind, um die Schläge des Schicksals abzuwehren und in dem Kampfe unterliegen. Die Stoffliche wie die technische Durchführung dieses an Spannungen und ergreifenden Szenen reichen Filmwerkes sind gleich meisterhaft. Silberster Doppelvorstellung. Zur Vorführung kommt das grandiose französische

Der unverwüsthche PALMA Kautschuk Schuhabsatz! 407

Kunst und Wissen. Neues deutsches Theater. Weihnachtspromeramm: Sonntag halb 3 Uhr nachmittags und Montag halb 3 Uhr: „Wie das schlimme Teufel ein braves Engel wurde“, abends 7 Uhr: „Sch. albenhochzeit“, Montag abends Gastspiel Maria Gutheil-Schoder als „Rosenkavalier“. Heute geschlossen. Dienstag Gastspiel Willi Thaller—Leopold Kramer „Moral“. Die Tageskassa ist heute von 9—12 Uhr geöffnet.

Turnen und Sport. Die Enttäuschung über die Rispeski-Berufsspieleraffäre ist eine ziemlich allgemeine. Wenn jene Zeitungen, die immer konsequent das Berufsspielerturn, nämlich das verkappte, verdammt haben, ob dieses Ständels ihrer Meinung unverboblen Ausdruck verleihen, so ist dies nicht weiter zu verwundern. Wenn aber Vereine oder Vereinsfunktionäre sich beißen, jetzt mit Steinen

nach dem Rispeski A. C. zu werfen, so ist dies etwas verächtlich, weil die wirklich guten Vereine des Kontinents so ziemlich durchwegs Butter auf dem Kopfe haben und sich daher hüten sollten, mit der Winterferne in Verührung zu kommen. Vielleicht hat der wirkliche Professionalismus und der scheinbare Amateurnismus am nächsten Weihnachtstabend ein ganz anderes Gesicht... Den Länderkampf Spanien—Portugal gewann Spanien Sonntag 3:1 in Madrid. Das Tor wurde aus einem Stroßstoß erzielt. Die Prager Sparta, deren wahrer Amateurnismus in der französischen Zeitschrift „La vie au grand air“ bezweifelt ist, bestreitet natürlich dessen Angaben und will das Gegenteil damit beweisen, daß sogar ein Spieler der Mannschaft für die einmonatige Weihnachtstour keinen Urlaub erhalten hat. Jedenfalls ist der Verus der übrigen dreizehn Teilnehmer der Tournee ein sehr angenehmer, wenn ein Urlaub von einem Monat so leicht zu haben ist.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche Tafelmargarine „AXA“ den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität. Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín Púčovní 2. 269

OSRAM

KNAB 363a en Marineanzüge bis 12 Jahre von Kč 144. KNAB en Sportanzüge bis 12 Jahre von Kč 156. KNAB en Westenanzüge mit Wollserge und kurzer Hose bis 15 Jahre von Kč 270. KNAB en Westenanzüge mit Wollserge und langer Hose bis 18 Jahre von Kč 320. KNAB en Ragians bis 12 Jahre von Kč 240 bis 18 Jahre von Kč 290. KNAB en Winteröcke bis 12 Jahre von Kč 270. KNAB en Lederanzüge von Kč 790, Lederhosen von Kč 330. KNAB en Anzüge aus sehr dauerhaften Sammkord von Kč 270. KONFEKTIONSHAUS Sigmund Stránský, PRAG, Hybernská. ALTE PREISE! Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

REMA die beste Speise-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.

Reisstrohbesen Bürsten u. Pinselabrik Herrmann & Co. Prag, Soukenická 7. In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

National u. Praga KONTROLL-KASSEN von Kč 950— mit Fabrikgarantie Rekonstruktionen Umbau 312 Reparaturen Vernickelungen Repar. Abonnement zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft: Kontroll-Kassen G.m.b.H., Prag I., Rybná ul. 20.

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN Telephon 4854. 268

Ebermanns Mundwasser — Zahnpulver das BESTE und BILLIGSTE zur täglichen Zahnpflege. 64 Erhältlich in Apotheken, Droguerien, Parfümerien und Konsumvereinen. Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Drucksorten aller Art, modernst ausgestattet liefert raschest die Druckerei der TRIBUNA A.-G. Prag II., Karlovo nám. 15. Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090. 147

Noch in letzter Stunde entscheiden Sie sich und kaufen Sie zu allerbilligsten Preisen Trikotwollwaren für Herren, Frauen u. Kinder, Jacken, Garnituren, Sweater, Trikots. Die besten Weihnachtsgeschenke nur in Prag II., Hybernská 7 Lidový dům (Volkshaus.) Verkauf im 2. Hofe. Wäsche, Taschentücher, Krawatten. Wollshawls nur 30 Kč! Lederware! Täglich geöffnet über Mittag bis 7 Uhr abends.

Inserieren bringt Erfolg! Gegen 10 Kč auf Raten liefern wir Violinen, Mandolinen, Gitarren, Grammophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw. Grammoohone-Import-146 Compañi Brunn, Freiheitsplatz 9 Preisliste bei Angabe des gewünschten Musikinstr. gratis.

EGGER & CO., PRAG-KARLIN, Královská tř. 14. FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN. Eggers Milch- und Kaffekaramellen, Eggers 140er Peppermint 87 in allen Konsumvereinen erhältlich.

Genossen! Leset u. verbreitet euer Zentralorgan.

SANSSOUCI PRAG II., Mariánská ul. 34. Der Kampf um das Glück. Grosses Liebesdrama mit MIA MAY. Chaplin im Badehaus. Sein bestes Lustspiel.

Arbeiter, Parteigenossen! Verlangt in allen Lokalen, in denen ihr verkehrt, den „Sozialdemokrat“.

Feinster Punsch u. Liköre. 370 Julius SCHMELZER, Teplitz-Schönau Likörfabrik, Destillation mit Dampftrieb. Gegründet 1863. Gegründet 1863.

NIEDERLAGE DER KOHLENWERKE der priv. Dux-Bodenbacher-Eisenbahn L. SACHS in PRAG, Diážděná Nr. 6. Telephon 1551, 9479. Liefert: allerbeste Stein- und Braunkohlen, Briquette, Oberschl. Hüttenkoks, Holz. Fahrtenweise.